

# Knebel für das City-Center

## Einkaufszentrum am Freiheitsplatz geht zu Lasten des Kurt-Blaum-Platzes

**Hanau (ju).** „Es geht darum, die Quadratmeterzahl für den Einzelhandel zu limitieren und das am Freiheitsplatz und am Kurt-Blaum-Platz umzusetzen – wir können an der Stelle keinen Parallelprozess zulassen“. Die Worte von Oberbürgermeister Claus Kaminsky bei der jüngsten Stadtverordnetenversammlung machten deutlich, wo die Stadt ihre Prioritäten setzt.

Das Parlament verabschiedete mit den Aufstellungsbeschlüssen für den Freiheitsplatz auch eine Veränderungssperre für den Kurt-Blaum-Platz. Damit dürfen die Geschäftsleute im City-Center ihre Verkaufsflächen nicht so ausdehnen, wie es im Ursprungsbebauungsplan festgeschrieben war. Mit der mehrheitlichen Verabschiedung der Veränderungssperre – gegen die beiden Stimmen der an diesem Abend anwesenden Linken – begünstigt die Stadt die Erweiterungsmöglichkeiten des städtischen Einzelhandels auf maximal 15 000 Quadratmeter. In dieser Fläche ist das geplante Einkaufszentrum am Freiheitsplatz mit einbezogen. Die Zahlen basieren auf dem Gutachten der CIMA vom Mai 2007, das die Szenarien der Einzelhandelsentwicklung beleuchtete. Diese Begrenzung beschneidet damit auch jegliche Expansionspläne für das City-Center am Kurt-Blaum-Platz.

Franz Ott begrüßte als Sprecher der CDU

zwar Sinn und Zweck eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans und befürwortete auch den nötigen Vertrauensschutz für den Freiheitsplatz. Er bezweifelte aber, ob das Werkzeug Veränderungssperre auf Dauer tragfähig sei. „Wir müssen die Gesamtstadt sehen“, so Ott weiter. „Auch die Immobiliennutzer verdienen eine Aussage darüber, welche Entwicklungsmöglichkeiten es für sie gibt“, erklärte Ott und warnte davor, zu Lasten des Freiheitsplatzes andere Bereiche aus den Augen zu verlieren. Als wichtiges Signal für den Einzelhandel gelte es aufzuzeigen, wie die Zeit des Umbruchs überstanden werden könne. Während die CDU trotz dieser Bedenken den drei Bebauungsplanvorlagen zustimmte, votierte die Linke dagegen.

Ulrike Feistel nahm die Debatte zum Anlass, noch einmal ihre Kritik gegen das Einkaufszentrum am Freiheitsplatz und die dortige Bebauung zu erneuern. In der Veränderungssperre sah sie eine eindeutige Steuerung im Sinne eines Einzelinteresses. Der parteilose Abgeordnete, Gernot Gesser, sorgte sich um die Bäume am Freiheitsplatz und an der Französischen Allee. Ihm sagte OB Kaminsky zu, die Stadt werde sorgfältig prüfen, was zum Erhalt der Schnurbäume an der Ostseite des Freiheitsplatzes und insbesondere der Platanen möglich sei.

Beschlossen wurde die Veränderungssper-

re für den Bebauungsplan zwischen Gärtnerstraße und Kurt-Blaum-Platz (City-Center) in einem Atemzug mit den Aufstellungsbeschlüssen für den Freiheitsplatz und „Westlich des Freiheitsplatzes“ (ehemalige Karstadt-Immobilie). Der OB machte keinen Hehl daraus, dass der Freiheitsplatz mit seinem geplanten Einkaufszentrum im Rahmen des „Wettbewerblichen Dialogs“ Priorität hat. Mit dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan musste – wie vom Stadtparlament abgesehen – gleichzeitig der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan „Freiheitsplatz“ vom September 2007 aufgehoben werden, den die WeDi-Entwicklung längst überholt hat. Die Weichen für die Neukonzeptionierung und Neubebauung des Freiheitsplatzes sind also in planerischer Hinsicht gestellt. Der Lübecker Investor HBB ist seinem Ziel einen Schritt näher, im Westen des Freiheitsplatzes ein Einkaufs- und Kulturzentrum zu errichten. Östlich davon wird sich über einer Tiefgarage der verkleinerte und neu gestaltete Busbahnhof erstrecken, zum anderen ein repräsentativer Frei- und Vorbereich, der für das Literaturquartier und auch für das Gebäude des derzeitigen Finanzamtes bestimmt ist. Als Träger dieses Vorhabens hat HBB die Einleitung des Satzungsverfahrens beantragt, in dessen Verlauf nun Gutachter und Träger öffentlicher Belange zum Zuge kommen.